

Wochenspreis
für Stadt, Ort
und Raubart
...
Begründet 1877.



Die heutige Seite
über dem Raum
16 Pfennig. Die
Wochensseite über
dem Raum 20
Pfennig. ...
Verantwortlicher
Herausgeber: ...

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 115 | Druck und Verlag in Heilbronn. | Dienstag, den 20. Mai. | Amtsblatt für Pfalzgrafrauweiler. | 1910.

Neue Notizen Brodorschs.

Die Missionen.
Verfaillies, 19. Mai. Dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, wurde gestern folgende Note des Grafen Brodorschs-Ranpau übergeben:
Seit mehr als 200 Jahren haben deutsche Missionare beider christlichen Konfessionen in allen Erdteilen sich der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung der Bevölkerung gewidmet. Wenn der Artikel 438 zur Ausführung gelangen sollte, so würden die deutschen Missionen aus allen ihren Arbeitsfeldern mit Ausnahme des niederländischen Kolonialreiches gewaltsam verdrängt. Sie würden ihrer wohnortüblichen Rechte beraubt und aus ihrer Wirksamkeit gestochen, für die sie sich besonders vorbereitet und ausgebildet haben. Aber es steht mehr auf dem Spiel: Mehr als 1 1/2 Millionen Kaufleute, Arbeiter und Schüler aller Nationen würden ihre geistigen Führer verlieren und in die Gefahr des Rückfalls geraten.

Die Missionen der Völker, die von den alliierten und assoziierten Regierungen vertreten werden, haben hervortragendes und Vorbildliches geleistet. Die deutsche Friedensabordnung vermag daher nicht zu glauben, daß diese Regierungen sich der verderblichen Folgen bewusst sind, die der Artikel 438 nach sich ziehen müßte. Jedenfalls findet die deutsche Regierung die Zumutung, den Artikel ihrerseits anzunehmen, mit ihrer Würde nicht vereinbar. In den Bedingungen, die dazu bestimmt sind, die Wiederausführung der Völker viel mehr zu verhindern als anzubahnen, gehört der Art. 438, dessen unheilvolle Folgen noch viele Jahre zu spüren sein würden. Um sie zu verhüten, empfiehlt die deutsche Delegation, einen gemischten Ausschuss von Sachverständigen einzusetzen, der den Auftrag hätte, mündlich zu erörtern, in welcher Weise die Wirkungen des Weltkriegs auf die christlichen Missionen am zweckmäßigsten geregelt würden.

Das Saargebiet.
Am 17. Mai ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau eine weitere das Saargebiet betreffende Note übergeben worden. Die Note enthält Vorschläge deutscher Sachverständiger zwecks Deckung des französischen Kohlenbedarfs durch geeignete Mittel, als sie im Friedensvertragsentwurf vorgesehen sind. Ihre Berücksichtigung ist nur für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegnerischer Seite Wert gelegt wird.

Paris, 19. Mai. (Havas.) Eine weitere deutsche Note betreffend die Deutschen im Ausland ist gestern Clemenceau übergeben worden.
Für die nächsten Tage ist die Ueberreichung einer Reihe von größeren Noten geplant, so über die Ostpreußen, über Elsaß-Lothringen und die besetzten Gebiete, über den Rechtsgrund, den Umfang und die Durchführung der von Deutschland übernommenen Schadenersatzverpflichtungen, über die Behandlung des deutschen Privatvermögens im feindlichen Ausland, endlich auch über das Arbeiterrecht. Alle bisherigen Nachrichten über den Inhalt unserer Gegenentwürfe beruhen auf Kombinationen, insbesondere auch diejenigen des hiesigen Korrespondenten des „Daily Mail“.

Neues vom Tage.

Kundgebungen.
Berlin, 19. Mai. Gestern fanden in Berlin erneute gewaltige Kundgebungen gegen den Friedensvertrag statt. Auch die Deutsch-Österreicher veranstalteten eine Kundgebung für den Anschluß vor der Reichskanzlei, wo Scheidemann eine Ansprache hielt. Reichspräsident Ebert empfing eine Abordnung der Riesenversammlung am Königsplatz, zu der er sagte: „Wir können und werden den Frieden nicht unterzeichnen. Wir wären ehelos und würdelos, wenn wir nicht unsere Kräfte aufbieten gegen die Schmach, die uns angedroht wird.“

Berlin, 19. Mai. Der Vorstand der sozialistischen Partei Deutschlands beantragte beim Internationalen sozialistischen Büro in Amsterdam die schnelle Einberufung der internationalen permanenten sozialistischen Kommission behufs Stellungnahme zum Friedensvertrag.

Brodorsch wird nicht unterzeichnen?
Berlin, 19. Mai. Gegenüber den Behauptungen der Pariser Presse, Graf Brodorsch sei für die Unterzeichnung des Friedensvertrags, stellt einer der Sonderberichterstatter des „Berl. Lokalanzeigers“ fest: „Alle

mit deutschen Bevollmächtigten entschlossen seien, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, wenn er nicht in wichtigen Punkten geändert werde.

Berlin, 19. Mai. Gestern sind der bayer. General z. D. Graf Max Montgelas und Professor Hans Delbrück nach Verfaillies gereist. Sie sollen an den Beratungen der für die Schuldfrage eingesetzten Kommission teilnehmen.

Die Vermittlung des Papstes angeregt?
Rom, 18. Mai. Die Blätter melden, daß Prinz Friedrich von Preußen in Begleitung von Vertrauenspersonen der Deutschen Regierung sich nach Lugano begab, wo er mit dem preussischen Gesandten am Vatikan eine Besprechung hatte. Diese Nachricht ist bis jetzt nicht widerrufen worden. Man glaubt, daß von gewissen deutschen Kreisen dringliche Schritte unternommen wurden, um durch Vermittlung des Papstes eine Milde rung in den Friedensbedingungen zu erreichen.

Ein Erlaß Hindenburgs.

Gen., 19. Mai. Die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ veröffentlicht einen Erlaß Hindenburgs vom 26. Oktober 1918, der den Truppen nach der Veröffentlichung der bekannten Wilsonnote mitgeteilt werden sollte. Hindenburg sagt, Wilson fordere die militärische Kapitulation, eine Note sei ein Beweis, daß der Vernichtungswille der Feinde, die den Krieg 1914 entfesselten, fortbesteht. Mit dem Wort „Rechtfrieden“ wollen sie uns nur täuschen. Für die deutschen Soldaten sei daher die Antwort Wilsons unannehmbar. Wenn die Feinde erkennen, daß die deutsche Front nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem für Deutschland annehmbaren Frieden bereit sein. — Der Erlaß Hindenburgs ist nach der „Rh. W. Ztg.“ den Truppen nicht bekannt gegeben worden, da ein Gegenbefehl eingetroffen sei.

Eisenach besetzt.
Eisenach, 19. Mai. Nach dem heute nachmittag erfolgten Einrücken der Regierungstruppen des Korps Räder wurde heute nacht der Belagerungszustand über Eisenach verhängt.

Mißglückte Mach.
Berlin, 19. Mai. In Speyer sollte am 18. Mai die „Pfälzische Republik“ unter der Schutzherrschaft Frankreichs ausgerufen werden. Dazu waren, wie der „Vorwärts“ berichtet, 21 Herren aus Landau erschienen. Der Regierungspräsident lehnte das hochverräterische Ansuchen ab und berief dagegen eine Versammlung ein, die mit größter Entschiedenheit erklärte, daß die Pfalz untrennbar mit Deutschland verbunden sei, und sie gegen den Friedensvertrag und die Losreißung des Saargebietes protestierte. Ob die Pfalz mit Bayern verbunden bleiben wolle, sei eine rein deutsche Angelegenheit.

Frankfurt a. M., 19. Mai. Die „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht eine geheime Dienstmitteilung des Kommandierenden der französischen Armee an die Offiziere vom 16. März ds. Jrs. Darin heißt es, die Bevölkerung der Pfalz befürchte die Ausbreitung des Bolschewismus und der Anarchie und sie sehe in der französischen Besetzung eine Rettung vor diesem Unheil. Daher rühre die Meinung, sich von Deutschland abzusondern. Die Stimmung müsse man ausnützen. Die französische Besetzung solle also der Bevölkerung jede Furcht, als wolle Frankreich das Land behalten, nehmen und ihr den Glauben beibringen, daß die Franzosen nur gekommen seien, um der Pfalz die Freiheit zu bringen. Die Werbearbeit müsse recht vorsichtig geschehen, damit die Bevölkerung nicht die Absicht merke. Man dürfe bei ihr nicht den Gedanken eines einheitlichen oder bundesmäßigen Freistaats des linken Rheinflusses aufkommen lassen; daher seien die Pfälzer in einen Gegensatz gegen die nördlichen Rheinländer zu bringen.

Der Krieg im Osten.
Warschau, 19. Mai. Die Polen eroberten die Stadt Komarno. Die Hauptmacht der Polen steht nordwestlich Lemberg. In Wolhynien sind die Ukrainer am Elyr zur Wasserrückung gezwungen worden. Der Befehlshaber Ofieski und 2000 Mann sind gefangen genommen.

Paris, 18. Mai. (Havas.) Der amtliche Bericht von der russischen Front meldet die Wiederbesetzung von Olonez, das die Polen besetzt hatten, durch die russischen Truppen. Der Feind habe im finnischen Meerbusen auf der Höhe von Kozolowo Truppen gelandet. — In der ganzen Krim wurde der Belagerungszustand verhängt.

Gefingfors, 18. Mai. An der Estnischen Front haben die angeländigten Angriffsbewegungen des russischen Freikorps begonnen. Abteilungen davon haben Gadow am Reips-See genommen. Jägermannschaftliche Freischärler sind in der Mündung des Dugo-Fluss gelandet. Im finnischen Meerbusen hat ein Gefecht zwischen 3 oder 4 englischen und einem großen und vier kleinen bolschewistischen Fahrzeugen stattgefunden. Gleichzeitig hat eine russische Batterie Krainaja Gorka und die finnischen Küstenbatterien bei Jno beschossen. Damit wächst die Gefahr für Finnland, wider Willen in ein Unnennliches gegen Petersburg hineingezogen zu werden.

Von der Friedenskonferenz.
Paris, 19. Mai. (Reuters.) Der Hauptteil der deutschen Gegenforderungen ist von den Verbündeten abgelehnt worden. Schriftliche Weiterverhandlungen wurden dagegen zugelassen.

Verfaillies, 19. Mai. Die Absicht der französischen Regierung, den Wortlaut des Friedensvertrags endlich zu veröffentlichen, ist wieder rückgängig gemacht worden. (Die Verheimlichung des Friedensvertrags bezweckt natürlich, die Ententevölker nicht dreinreden zu lassen.) Graf Brodorsch ist gestern nach Besprechungen mit den Ministern Bissel und Südekum von Spaa nach Verfaillies zurückgereist.

Paris, 19. Mai. Die Pariser Ausgabe des „Revue“ meldet, daß das chinesische Ministerium zurückgetreten sei.
„Intransigant“ will wissen, daß die Anz. d. Belgien in der Kolonialfrage infolge des persönlichen Eingriffs Wilsons bestritten werden sollen.

Die angeblichen Gegenentwürfe.
Paris, 19. Mai. Der „Matin“ will wissen, daß der deutsche Gegenentwurf folgende Grundlinien haben werde: Deutschland verharre auf den 14 Punkten Wilsons und verlange Volksabstimmungen in den strittigen östlichen Gebieten, Ueber die Saarlosen werde das Angebot eines Wirtschaftsgebiets erfolgen. Deutschland werde sich ferner zum Wiederaufbau der zerstörten Verpfichtungen, wenn es die Erleichterungen und diejenigen Rohstoffe erhalte, die für die Wiederbelebung seiner Arbeit notwendig seien. Die Kontingentsziffer soll vorläufig höher bleiben, als im Friedensvertrag festgesetzt worden. Als Beweis für seinen ersten Abrüstungswillen sei Deutschland bereit, die ganze Kriegsschlote der Friedenszeit abzuliefern, falls die Handelsflotte zurückgegeben werde. Wenn dieser Vorschlag abgelehnt werden sollte, müsse die deutsche Regierung die Vertragsunterschrift verweigern.

Die Sprachenverhältnisse in Elsaß-Lothringen.
Im Unterelsaß sprechen 3,8 Prozent, im Oberelsaß 6,1 Proz. französisch, in Lothringen 22,3 Proz. deutsch sprechen im Unterelsaß 95,8, im Oberelsaß 93,9, in Lothringen 73,5 und in ganz Elsaß-Lothringen 87,2 Prozent, während nur 10,9 Prozent französisch und der Rest von 3,6 Prozent italienisch sprechen.

Brazilianische Erpressung.
Die brasilianische Regierung hatte, um die reichen brasilianischen Kaffeevorräte vor Entwertung zu bewahren, im Jahr 1914 große Mengen in europäischen, auch deutschen Häfen eingelagert, wozu sie sich auch der Hilfe deutscher Banken bediente. Als der Krieg ausgebrochen war, wurden die Vorräte in Hamburg, Bremen und dann auch in Antwerpen nach dessen Einnahme von der deutschen Regierung beschlagnahmt und der brasilianischen Regierung zum damaligen Weltmarktpreis von 67,94 für den Ballen (insgesamt 1.832.550 Ballen) mit 124 1/2 Mill. M. vergütet, die zu 3 1/2 Prozent verzinslich bei dem Berliner Bankhaus Meichroder hinterlegt wurden. Brasilien hatte nichts einzuwenden. Nun auf einmal, nach mehr als 4 1/2 Jahren, meldet die brasilianische Regierung bei der Friedenskonferenz neue Ansprüche an und verlangt, daß der Kaffee zu dem Preis bezahlt werde, den er jetzt in Europa habe. Das würde bei einem Ballenpreis von 106 Mark und bei der gegenwärtigen Valuta eine Mehrforderung von 600 Mill. Mark ausmachen.

Der Pariser „Matin“ behauptet, bei der deutschen Abordnung in Verfaillies sei ein Telegramm des Grafen Brodorsch, der gerade in Spaa weilte, eingetroffen, daß Brodorsch mit den anwesenden Ministern aus Berlin völlig uneins geworden sei. — Bei der deutschen Abordnung in Verfaillies ist von einem solchen Telegramm nicht bekannt.

Freilassung deutscher Internierten.

Berlin, 19. Mai. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat anfangs März d. J. etwa 700 deutsche Zivilinternierte, die in den Vereinigten Staaten zu bleiben wünschten, aus den Gefangenenlagern entlassen. Ueber die Namen der Entlassenen liegt eine Mitteilung nicht vor.

Widerrechtliche Gefangennehmung.

Berlin, 19. Mai. Gegen die widerrechtliche Verhaftung des deutschen Tauchbootkommandanten Kapitänleutnant Kieseletter, der auf dem Heimweg von Spanien in England festgesetzt worden ist, obwohl die britische Regierung unseren Befragungen ausdrücklich freies Geleit zugesichert hat, ist von der deutschen Wehrdienstkommission in Spaa und bei Admiral Browning Protest erhoben worden.

Entführung des Oberleutnants Vogel.

Berlin, 19. Mai. Das Gardebataillon des Infanteriekorps teilt mit: Am Samstag, den 17. Mai, nachmittags 3.45 Uhr, ist ein Infanterieoffizier in Wägen und Umhang in einem dunkelblauen, geschlossenen Privatkraftwagen vor dem Zellengefängnis in Moabit vorgefahren. Der Offizier hat auf Grund eines gefälschten Ausweises den im Zellengefängnis wegen Ermordung der Frau Rosa Luxemburg in Untersuchungshaft befindlichen Oberleutnant Vogel abgeholt und ist mit ihm 4.15 Uhr in dem erwähnten Kraftwagen vom Zellengefängnis abgefahren. Für die Ermittlung des Täters und der Umstände der Entführung des Oberleutnants Vogel und des begleitenden Infanterieoffiziers oder für sachdienliche Angaben zu deren Ermittlung wird eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Vogel war am 14. Mai wegen Wachvergehens im Felde und Mißbrauch der Dienstgewalt zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Internationaler Frauentongress.

Zürich, 19. Mai. Der internationale Frauentongress sah eine Entschließung zum Völkerbund, worin es heißt, daß der Völkerbundsentwurf der Allierten vielfach mit den 14 Punkten Wilsons in Widerspruch steht und Bestimmungen enthält, die nicht zur Sicherung des Weltfriedens beitragen. Alle Teilnehmerinnen am Kongress sollen nach der Rückkehr in ihre Länder Protestversammlungen gegen den Versailles Frieden veranstalten.

Dänischer Protest.

Stockholm, 19. Mai. Laut „Sozialdemokraten“ beschloß die sozialdemokratische Parteileitung, eine Erklärung auszufertigen, die gegen die harten Friedensbedingungen protestieren wird, die die Ententemächte Deutschland auferlegen wollen.

Bundesnachrichten

Altensteig, 20. Mai 1919

Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden.

Gestern Abend fand im Saal des Grünen Baum eine von der Deutsch-demokratischen Partei einberufene Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden statt. Stadtwandarzt Vogel leitete die Versammlung. Er begrüßte zunächst die Erschienenen, wies auf den Ernst der Lage hin und erteilte dem für diese Versammlung gekommenen und bei uns nicht unbekanntem Redner Johannes Fischer, Mitglied der Bundesversammlung, das Wort. In markigen Worten wies der Redner an einzelnen Hauptpunkten der untern Vertretern in Versailles vorgelegten Friedensbedingungen nach, wie unannehmbar diese Bedingungen sind. Wie durch ihn alle Gewalt in Deutschland künftig an unsere Feinde überginge und wir nicht mehr zu sagen hätten. Kein Volk könne

ein solchen Frieden unterschreiben und sich dadurch zum Vasallen machen. Man möchte alle Gesetze und Anordnungen, die unsere Feinde für gut halten, aber uns ergeben lassen und durchführen. In dem Friedensvertrag sei gesagt, daß Deutschland steuerlich nicht besser gestellt sein dürfe, wie jeder andere feindliche Staat. Damit sei gesagt, daß der schärfste Zustand auf der anderen Seite für uns der Maßstab sein müsse. So werde durch die Bedingungen auch die persönliche Freiheit u. die Selbstregierung untergraben durch Gesetze, die man dem deutschen Volk von außen aufzwingen wolle. Man wolle dem deutschen Volk jede Gelegenheit nehmen, für sich, seine Bedürfnisse und Bequemlichkeiten, Geld auszugeben, damit es unter Feinden nicht entgehe. Ueber alle Wirtschaftsgebiete wollen unsere Feinde das alleinige Verfügungsrecht haben. Das gleiche sei in sozialer Hinsicht der Fall, was sich die Arbeiter besonders merken dürften. Wenn wir zu all' den uns zugeworfenen Bedingungen Ja sagen, werden unsere Feinde alles tun, um uns jede Möglichkeit der Erneuerung unserer Kraft zu nehmen, uns an einer Aufrichtung hindern. Wir sollen nur noch ein Arbeitervolk für die Interessen aller unserer Gegner, also Arbeitslosen sein. Sie wollen uns die wichtigsten Industriegebiete nehmen und damit die Vorbedingungen jeder industriellen Weiterentwicklung. Deutschland könne keine wirtschaftliche Struktur, sein Volk nicht halten, wenn es die vorgegebenen Gebiete abgeben müsse. Die Unabhängigen allein sind befaßt mit der Unterzeichnung dieses Friedensvertrags. Diese begriffen nicht, was es heiße, ein Gebiet wie das Saargebiet zu verlieren. Es sei Unfug eine Stellung einzunehmen, wie die Unabhängigen sie einnehmen. Es gehe dies jeden Arbeiter, jeden Bauern, das ganze Volk an, ob wir solche Gebiete verlieren, wie uns gedroht wird. Eine große Auswanderung wäre die Folge, wenn uns diese Gebiete verloren gingen. Die vorgegebene Abgabe von Mätschen und Pferden, die der Auffrischung der Wirtschaft unserer Zeit dienen sollen, sollen gleich zeitig unsere Ernährung und Volkswirtschaft schwächen. Wenn uns unsere Kohlengebiete genommen würden, sei es eine vergebliche Hoffnung, daß unser Eisenbahnnetz wieder normal durchzuführen sei. Es soll uns vorgelesen werden im ganzen Deutschen Reich nur ein kleines Heer von 100 000 Soldaten (Eldner) zu halten. Das seien nicht einmal die nötigen Polizeitruppen, wie wir sie bei den jetzigen Verhältnissen im Innern brauchen. Nicht außen würden wir gänzlich schutzlos sein. Wenn wir die Bedingungen des Vertrags nach dem Urteil unserer Gegner nicht erfüllen, gibt der Vertrag ihnen das Recht uns neue Bedingungen aufzulegen (ähnlich wie bei den Waffenstillstandsbedingungen, wo immer neue verlangt wurde). Es soll uns alle Möglichkeiten der Erkräftigung unseres Volkes genannt werden, damit wir nie in die Lage kommen sollen, das uns auferlegte Joch abzuschütteln zu können. Wer wolle es den kommenden Geschlechtern gegenüber verantworten, daß man ihnen solche Verpflichtungen, wie sie jetzt eingegangen werden sollen, auf den Hals lege? Der Redner ging dann auf die Zahlungsverpflichtungen über, die jetzigen und diejenigen, die erst später festgelegt werden sollen. So wie sie hinsichtlich der Entschädigungen ausgedacht seien, hätten die kommenden Geschlechter allein mit der Binszahlung zu tun. An eine Abtragung der Schuld könnte dabei also gar nicht gedacht werden. Es sei schämmer wenn man zu diesen uns vorgelegten Bedingungen Ja sage, als wenn man Nein sage. Wenn wir Ja sagen, gehen wir völlig ausichtslos ins Jenseits. Jede Hoffnung sei uns dann genommen. Der Redner kommt dann auf die vorausgesetzlichen Folgen zu sprechen, wenn wir Nein sagen und zu dem Resultat, daß es uns dann schlimmer nicht gehen könne, als bei einem Ja. Eine Befreiung Deutschlands sei zunächst nicht wahrscheinlich und selbst wenn un-

tere Feinde dazu schreiten, schlimmer könne es für uns nicht kommen, als wie dann, wenn wir die Bedingungen annehmen. Eine Befreiung bringe auch für den Gegner Gefahren. Er erinnert an den Volkswidrigkeit und daran, daß auch bei den feindlichen Soldaten der Bogen nicht überspannt werden dürfe; auch sie hätten einmal das Bedürfnis in die Heimat zurückzukehren. Selbst wenn man alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkte aus dem Auge lasse, könne man auch als Volk nicht zustimmen; es ginge damit jede Hoffnung für uns, aber auch für die ganze Welt verloren. Die Neutralen würden bei einem Ja aufs neue über uns enttäuscht sein und unsere Feinde würden uns noch geringer achten. Mit einer Zustimmung gebe man sich selbst auf. Wir nehmen es gewiß nicht leicht, Nein zu sagen. Man dürfe es aber denen, die vor uns waren und denen, die nach uns kommen nicht antun Ja zu sagen. Ein solcher Friede, wie er uns jetzt zugemutet werde, sei kein Friede, sondern eine Fortsetzung des Krieges in anderer Form. Der Redner betont die Raubtiergestimmtheit unserer Feinde. Wir dürfen jetzt nicht gleichgültig und verzagt sein und an äußere Vorteile oder an die Bequemlichkeit allein denken, es siehe mehr auf dem Spiel. Ja der inneren Politik übergehend, betonte der Redner, daß der Revolution der Formen, eine solche des Geistes folgen müsse. Den Massen fehle noch das rechte Erkennen und das Gefühl der Verantwortung, das man ihnen zum Bewußtsein bringen müsse. Auch bezüglich der Arbeit und des Wirtschaftslebens müsse es bei uns anders werden. Wo seien heute die Männer, die noch arbeit u. um der Arbeit willen. Man habe den Engländern vorgeworfen, es sei ein Armervolk wir seien es mehr als das englische geworden. Die Raubtiergestimmtheit sei auch bei uns im Wirtschaftsleben vorherrschend. Es müsse wieder anders werden. Man müsse der Arbeit wieder Sinn geben und sie nicht als Störung des heiteren Lebens und des Lebensgenusses betrachten. Das Schaffen selbst müsse wieder locken. Es sei nicht denkbar, wie es sonst besser werden solle. Manche bilden sich ein, die Sozialisierung sei die einzige Rettung. Die Wirtschaftsformen werden verschiedene sein und bleiben müssen. Der Redner streifte noch kurz die neuen Samenbewahler u. betonte dabei, daß man sich vor allem die Bedeutung des Wählens klar mache. Je weniger Hemmungen von oben her seien, umso mehr müsse man sich der Verantwortung unten bewußt sein. Alles sei aber von dem Gang der Dinge in Versailles und von dem künftigen Frieden abhängig. Er erinnerte nochmals an den großen Ernst der Stunde und wie nötig es sei, sich hinter die Männer zu stellen, die in Versailles die große Verantwortung auf sich genommen haben, unser Vaterland und damit das Lebensinteresse jedes Einzelnen zu vertreten. Er bezeichnete Graf v. Brockdorff-Rantzau's Auftreten bei Uebergabe der Friedensbedingungen und seine Verteidigung, in der er selbst zum Angriff überging, als glänzende Tat. Wir müssen uns hinter diese Männer stellen, die dort in Versailles für uns streiten mit geistigen Waffen und ihnen durch unser Verhalten den Glauben an ihr Volk nicht nehmen. Er geißelte mit Recht den Reichstagen, der sich in diesen ersten Tagen in Teilen unseres Volkes breit macht und appellierte an das Ehrgefühl der Leute, die jetzt in Tanz und Vergnügen schwelgen und sich damit an ihrem Volk veräußern. Der Redner appellierte noch an den besseren Teil des Volkes und sprach die Hoffnung aus, daß aus dem Reich noch eine gute Saat hervorgehe. Die Ausführungen des Redners fanden die lebhafteste Zustimmung der Versammlung, die alsdann einstimmig folgende Entschlußfassung annahm: Eine von der Deutschen demokratischen Partei in Altensteig einberufene Versammlung erhebt flammenden Einspruch gegen den dem deutschen Volk von seinen Feinden angebotenen Vernichtungsfrieden. Sie hält die in Versailles vorgelegten Bedingungen in jeder Hinsicht für unannehmbar u.

Leserbrief.

Deutscher Fleiß war Deutschlands Stärke, er wird Deutschland auch die Rettung bringen. Rud. Wiffell, Reichsminister.

Selbst geschmiedet.

Roman von H. v. Erstedt.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

3. Kapitel.

Um die Mittagsstunde eines schönen Sommertages fuhr ein eleganter Mietwagen am Hauptportal des Schlosses Nordburg vor. Ein elegant gekleideter Herr sprang heraus, überreichte dem herblickenden Diener seine Karte und fragte nach dem Grafen.

„Reinhold Schellen,“ las der Lakai, „Diplom-Ingenieur.“ Nur ein Bürgerlicher! Sehr referiert kam es von seinen Lippen.

„In welcher Angelegenheit, bitte?“ „Geben Sie die Karte nur ab, der Herr Graf weiß schon Bescheid.“

Fast zögernd emserte sich der dienende Geist, um dann gleich darauf mit der merklich höflicher gewordenen Meldung zurückzukehren, daß der gnädige Herr bereit sei, den Herrn Ingenieur zu empfangen.

Reinhold, welcher im Auftrage seines Vorgesetzten kommandierte, als er das Haus betrat, in dem die Herrschaft wohnte. Tiefatmend leg er die breite, teppichbesetzte Stuhntreppe hinauf, in dem festigen Bewußtsein, daß auch Annelieses Köpfchen hier auf und ab zu spielen pflegte, daß der Saum ihres weißen Kleides glänzend vor wenigen Minuten noch diesen Teppich gestreift hatte.

Er vergah laut, was ihn hierherführte. Mit jählichen Gedanken schante er die Geliebte herbei. Wenn sie ihm doch jetzt begegnen möchte, das sollte eine gute Vorbereitung für ihn sein.

Der Junge ist lebendiger ja oft zu Willen. Der Wunsch des Ingenieurs sollte sich erfüllen.

Oben auf der Treppe erschien plötzlich Anneliese, um hinaufzukommen. Sie sah sehr ernst aus und unendlich vornehm. Ein düstiges weißes Kleid, in Empireform gearbeitet, umfloss in losen Falten ihren schlanken Körper. Eine blaue Seidenschleife reichte bis zu der kurzen Schleppe herab.

Sie sah ihn vor sich hin, ohne von dem Diener Notiz zu nehmen, welcher respektvoll zur Seite trat.

Reinhold hatte plötzlich ein Gefühl, als trenne eine Welt ihn von dem schönen, vornehmen Mädchen, als sei es Freud, daß sie sich nicht in der schlichten Persönlichkeit in Beziehung zu bringen. Es wog sich wie Rebel vor seine Augen.

Jetzt richtete Anneliese die Blicke auf ihn. Doch keine Spur des Erkennens schien aus ihnen hervorzuleuchten. Seinen Gruß durch ein lächliges Neigen ihres feinen Kopfes erwidern, schied sie an ihm vorüber. Und doch, wenn Reinhold weniger erregt gewesen wäre, hätte er ein Leises, lautes Bächeln sehen müssen, das ihre zarten Lippen umspielte. Törichterweise hatte er sich diese Begegnung anders gedacht. Und nun war er so bestürzt und enttäuscht, daß er unwillkürlich die Hände ballte, um seine Enttäuschung nicht zu verraten.

Wenige Minuten, hier stand er dem Schlossherrn gegenüber, welcher ihm die Hand auf den Schreibtisch gestützt, erwartete.

Ein Blick in diese kalten, referierten Sätze gab auch Schellen eine Fassung wieder. Er zwang sein härmlich klopfendes Herz zur Ruhe. Jetzt war er nur der Beamte, welcher kam, um die Interessen seiner Behörde zu vertreten.

„Ja, befreit nicht, daß man mich immer wieder mit einer Angelegenheit behelligt, die ich längst für erledigt halte,“ begann Reinhold. „Ich habe doch wohl deutlich genug erklärt, daß ich meine Zustimmung zur Ueberführung der Bahn über meine Wiesen nicht geben kann. Und um diese Angelegenheit handelt es sich doch wohl.“

„Ganz recht, Herr Graf. Aber zu meinem Bedauern muß ich hinzufügen, daß der Staat sich bei Ihrem Entschlusse nicht beruhigen kann. Es ist unmöglich, das Projekt aufzugeben, die günstige Lage entscheidet. Es bleibt weder

Ihnen noch uns eine Wahl. Der Staat ist ja auch bereit, jeden annehmbaren Preis für Ihr Eigentum zu zahlen. Den Verteilungseinrichtungen müßten ja schon oft höhere Opfer gebracht werden, hochverehrter Herr Graf. An nachgebender Stelle wird Ihre Weigerung gewiß verstanden. Ich habe infolge Ihrer Einwendungen nochmals eingehend die Terrainverhältnisse unterzucht. Aber pflichtgemäß bin ich zu demselben Resultat gekommen wie vor Monaten.“

Es blieb selundenlang still zwischen den beiden Männern. Sie maßten sich mit den Blicken.

Schellens hohe Gestalt überragte fast noch die des Grafen. In voller Manneskraft, im stolzen Bewußtsein seiner Tüchtigkeit stand er vor dem Schlossherrn, die klaren, glänzenden Augen mit dem bereiten Ausdruck eines klugen, tüchtigen Menschen aus Nordburg gerichtet.

Die Unmutsfalten zwischen den buschigen Brauen des Grafen glätteten sich. Und nun bewunderte der junge Ingenieur, daß dieses beim ersten Eindruck wie in Unnahbarkeit erstarrte Gesicht auch Milde und Wohlwollen verraten konnte.

Etwas wie ehrfurchtsvolle Bewunderung wälte in ihm auf. Ja, jetzt konnte er hinter dem scheinbar so kalten Aristokraten doch Annelieses väterlichen Freund erkennen, wie sie ihn geschildert hatte; stolz und zurückhaltend, doch niemals ungerecht, in jedem Zoll ein vornehmer Mensch, ein echter Edelmann.

Aus Schellens Augen strahlte jugendliche Wärme. „Herr Graf,“ sagte er, dem Schlossherrn unwillkürlich einen Schritt näher tretend, „wenn Sie doch nachgeben, unsere Sache zu der Ihrigen machen wollten! Wie hoch würde man es Ihnen anrechnen und wieviel ernste Unannehmlichkeiten würden Sie sich und uns ersparen.“

Nordburg hatte ihn mit wachsendem Interesse betrachtet. Und nun sagte er plötzlich ganz unvermittelt: „Ihre Schwester Althilde hat nicht die geringste Neugierde mit Ihnen, Herr Ingenieur, und so verstanden das Zeugere ist, werden auch wohl die Charaktere sein.“

Reinholds Stirn färbte sich dunkel, sein stolzer Blick senkte sich. Einen Augenblick schien er mit sich zu kämpfen, dann erwiderte er in voller Zufriedenheit: „Leider, Herr Graf, und ich wollte, meine Schwester wüßte das Glück, welches ihr zuteil geworden, besser zu schätzen.“

Fortsetzung folgt.

den beim Abschluß des Waffenstillstandes gegebenen Versprechungen im schärfsten Widerspruch stehend. Die Verammlung erwartet von der Regierung, daß sie seinem Erben zustimmt, der Deutschlands Lebensrechte unterbindet und eher kein sagt, als mit eigener Zustimmung Deutschland auf Generalkonventionen hinaus seiner Ehre, seiner Freiheit u. seiner Wirtschaftsbasis zu berauben.

Markkurs. Der Markkurs ist in der Schweiz wieder auf 39 Rappen (31 Lg.) gestiegen.

Die Tagesgelder der Beamten. Man schreibt uns: Die Entschädigung an Beamte, die dienstliche Reisen zu unternehmen haben, beruht auf der Festsetzung vom Jahr 1873, die im vorigen Jahr um 25 bis 30 Prozent erhöht wurde. Wenn nun z. B. ein Beamter vom Lande dienstlich einen Tag in Stuttgart zuweilen muß, so erhält er eine Entschädigung von 9 Mark, während ein Arbeiter- und Soldaterrat bekanntlich 25 Mark täglich erhält. Es braucht wohl nicht vermerkt zu werden, daß es kein Beamter abnehmen würde, wenn das Diktatregulativ den Verhältnissen der Gegenwart einigermaßen angepaßt würde.

Die Ferien der Gewerbe- und Handelsschulen dauern nach neuester Festsetzung 70 Schultage, wovon 6 Wochen auf die Sommer-, 2 Wochen auf die Weihnachts- und 3 Wochen auf die Frühjahrsferien entfallen. Inzwischen zur Festsetzung ist der Gewerbe- oder Handelsschulrat nach Änderung des Schulvorstands.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Hauptfürsorgestelle in Württemberg wurde der Abteilung für soziale Fürsorge (Kriegsfürsorge) des Arbeitsministeriums angegliedert. Der Leiter der Hauptfürsorgestelle bestellt einen Beirat, dessen Vorsitzender er ist. Der Beirat besteht aus 24 Mitgliedern, die auf 2 Kalenderjahre berufen werden. Dieser setzt sich zusammen aus 8 Vertretern der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, 4 Vertretern der Unternehmer, 4 Vertretern der Arbeitnehmer, auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge besonders erfahrenen Persönlichkeiten; darunter auch weibliche Vertreter. In jedem Oberamtsbezirk werden örtliche Fürsorgestellen errichtet.

Der Stand der Reben. Die Zeitschrift des Württ. Weinbauvereins schreibt: Die warmen Maitage haben den Ausbruch der Reben rasch gefördert: die Weinberge stehen im ersten Grün da, die Geshweine zeigen ein schönes, frisches Wachstum und bei einzelnen sind schon die ersten Trauben zu erkennen. Die kritischen Tage des Mai sind vorüber und die Rebe ist diesmal durch ihre Witterung nur gefördert worden. Günstig war vor allem auch, daß die Nächte in der letzten Zeit verhältnismäßig mild geblieben sind. Die Weingärtner äußern sich über den Stand der Reben durchaus befriedigt. Bedenklich will erscheinen, wenn, wie es zurzeit vorkommt, bei Erntebung von Weinbergen Preise von 8 bis 10 000 Mk. für den Morgen angelegt werden. Die Preise bleiben nicht so, wie gegenwärtig, und mancher Boreilige dürfte seinen Kauf später bereuen. Allen Bemühungen und Verordnungen des Kriegswirtschaftsamt zum Trost befinden sich die Preise für die geringen, noch im Lande lagernden Borräte an 1918er Weinen in stetiger Steigerung; man hört von 2-3000 Mk., die für den Eimer dieser oft mehr als mittelmäßigen Weine geboten werden. Die Qualität spielt gar keine Rolle mehr. Und in den Wirtschaften macht der Viertelpreis die Steigerung lustig mit, auch wenn die Weine seinerzeit verhältnismäßig „billig“ eingekauft worden waren.

Viehzählung. Infolge Verordnung des Bundesrats hat am 2. Juni wiederum eine Viehzählung stattgefunden. Die Zählung erstreckt sich auf folgende Viehgattungen: Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner), Kaninchen. Bei der großen Bedeutung der Viehzählungen, insbesondere für die Fleisch-, Milch- und Eierversorgung, ist es dringend erforderlich, daß auch die bevorstehende Viehzählung so richtig und vollständig wie möglich erfolge.

Die Silbersteuerung. Die Aufhebung der Höchstpreise für Silber in Newyork (bisher 101 1/2 cents) und in London (48 1/2 d) hat eine scharfe Verteuerung ausgelöst: In Newyork stieg der Preis zeitweise auf zirka 120 cents, um dann freilich wieder auf 112 cents herunterzugehen; die letzte Londoner Notiz lautet auf 58 1/2 d die Unze. Damit sind Preise erreicht, wie sie seit 40 Jahren nicht beobachtet wurden. Es ist nun interessant, wie sich auf Grund dieser Preise der Wert des Silbers in Deutschland berechnet: da eine Unze gleich 31,1 Gramm mit 925/100 Feingehalt ist, so berechnet sich beispielsweise auf Grund des letzten Londoner Silberpreises dort das Kilogramm Feinsilber auf 2034 d, beim heutigen Wechselkurs rund 630 Reichsmark. Da nun nach dem deutschen Münzgesetz in 200 Mk. Silbermünzen ein Kilogramm Feinsilber enthalten ist, so begreift man, warum Silbermünzen im Schleichhandel ein so gesuchtes und mit Aufgeld bezahltes Artikel sind. Es braucht nicht betont zu werden, daß derartige Geschäfte strafbar sind: denn der amtliche Höchstpreis ist Mk. 175 pro Kg. und eine Übertretung dieser Vorschrift wird mit bis 1 Jahr Gefängnis geahndet.

Tarifregister. Das neu eingerichtete Tarifregister wird bei dem Reichsarbeitsministerium geführt. Die Einsichtnahme in das Register und die Registerakten ist jedem gestattet. Von den Eintragungen können Abschriften verlangt werden. Vor jeder Eintragung hat der Registerführer dem Antragsteller und den Vertragsparteien des Tarifvertrags unverzüglich Nachricht zu geben. Jede Eintragung in das Tarifregister ist unverzüglich im Reichsanzeiger bekanntzugeben. Für Eintragungen, Einsichtnahmen, Benachrichtigungen, Auskünfte, Abschriften und Bescheinigungen werden Gebühren nicht erhoben.

Der Einnahmeausfall der Eisenbahnen ist eine Erscheinung, die fast in allen Ländern beobachtet wird. Sehr stark ist er auch bei den amerikanischen Bahnen. Während in den Vereinigten Staaten die Ausgaben im Jahr 1918 die Einnahmen um 226 Mill. Dollar (949 Mill. Mk.) überstiegen, beläuft sich der Fehlbetrag in den ersten 3 Monaten allein schon auf über 196 Mill. Dollar (823 Mill. Mk.). Trotzdem will der von der Regierung eingesezte Generaldirektor der Bahnen derzeit noch keine Tarifserhöhung vornehmen, sondern die weitere Entwicklung abwarten.

Magold, 18. Mai. (Ertrunken.) Seit 12 Tagen war ein Kind des Schumachermeisters Ernst Schwan hier vermisst und alle Nachforschungen nach ihm vergeblich. Heute vormittag wurde der Knabe tot aus der Magold geborgen.

Schönmünzsch, 18. Mai. In der Nacht von gestern auf heute wurde dem Gasthofbesitzer Scherer zum Waldhorn hier ein schönes Pferd im Werte von 10 000 Mark gestohlen. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Stuttgart, 19. Mai. (Die Gemeinderatswahl.) Nach dem bisherigen Wahlergebnis haben von 179 448 Wahlberechtigten 109 462 ihren Stimmzettel gültig abgegeben. Abgestimmt haben insgesamt 109 674, ungültige Stimmen waren es 412. Die Wahlbeteiligung war demnach recht hoch, ungefähr 60%. Es haben Stimmen erhalten: Die Deutsche Partei 35 709, die Sozialdemokratische Partei 27 916, die Bürgerpartei 19 108, die Unabhängigen 18 272, die Zentrumspartei 8 457. Demnach entfallen auf die Deutsche dem. Partei 20, die Sozialdemokratie 16, die Bürgerpartei 10, die Unabhängigen 10 und das Zentrum 4 Sitze. Auffallend ist der außerordentlich große Stimmengewinn der D. S. P.

Stuttgart, 19. Mai. (Krise im Metallarbeiterverband.) Wie die „Württ. Ptg.“ erzählt, ist am Samstag in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes ein von den revolutionären Vertrauensleuten der Betriebe unterzeichneten Antrag eingebracht worden, sämtlichen Angestellten des Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Stuttgart, zu kündigen und sie unter Auszahlung ihres vierteljährlichen Gehalts sofort zu entlassen. Der Antrag wurde mit 300 gegen 200 Stimmen angenommen. Er wurde damit begründet, daß die Gewerkschaftsbeamten sich als Gegner des Generalfreies erwiesen hätten. Die Annahme des Antrags hat in den Arbeiterkreisen der Metallindustrie große Erregung hervorgerufen. Man kann wohl von einer Krise sprechen.

Winzigen O.A. Gmünd, 19. Mai. (Wilde-rettung.) Am Samstag abend traf der gräflich-reichbergische Forstwart Bundschuh im Waldteil Neldenberg den 24 Jahre alten Gipsler Karl Schwarzkopf und den Bauernsohn Karl Hofele von Witzgoldingen beim Wildern an. Schwarzkopf legte mit dem Gewehr auf den Forstwart an, der aber zuvor kam und den im Gebüsch in der Nähe verdeckten Hofele in die Brust traf, so daß der Tod nach kurzer Zeit eintraf. Schwarzkopf ergreift die Flucht, wurde aber von dem Forstgehilfen Moosmayer eingeholt und dingfest gemacht. Die Leiche des Hofele blieb über Nacht im Walde liegen. Als ein Landjäger am anderen Morgen mit dem Forstwart am Tatort erschien, war der tote von vielen Burschen aus Witzgoldingen und Winzingen umstellt, die gegen die Beamten tätlich werden wollten. Die Leiche konnte aber ohne Zwischenfall abgeholt werden.

Ebersbach, O.A. Göttingen, 19. Mai. (Der Ortsname.) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Beschluß unserer Gemeindevollversammlung, unserer Gemeinde die Bezeichnung „Ebersbach a. d. Fils“ zu geben, vom Ministerium des Innern genehmigt worden ist. In Württemberg gibt es noch ein Ebersbach, O.A. Saulgau.

Hohenberg, O.A. Ellmangen, 19. Mai. (Festnahme der Kirchendiebe.) Gestern wurden in Pforsheim zwei junge Leute, der eine aus dem Oberamt Crailsheim, der andere aus dem Oberamt Gaildorf, festgenommen, als sie Kirchengeräte zum Verkauf anbieten wollten. Die in ihrem Besitz befindlichen Reliquie usw. wurden laut „Fp.“ und „Jagdztg.“ nach vorgenommener Prüfung als diejenigen erkannt, die bei dem Diebstahl in der Kirche in Hohenberg abhandeln gekommen sind.

Hegenlohe, O.A. Schorndorf, 19. Mai. (Sommerwilderer erschossen.) Forstwart Stöck erlappte am Freitag abend im Walde einen Wilderer, von dem er erschossen wurde. Der Forstwart konnte noch einen Schuß auf den Mörder abgeben, der ihn auch traf. Der Wilderer ist trotz seiner Verletzung bis jetzt noch nicht ausfindig gemacht worden.

Vermischtes.

Neue Freimarken. In Bayern sollen demnächst Freimarken, Postkarten und Postanweisungen der P. Sp. mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ — ausgeben werden, die den Ueberdruck „Freistaat Bayern“ tragen. Derzeitigen Behörden, die zum Gebrauch von Dienst- und Privatsachen berechtigt sind, werden ebenfalls Reichspostmarken, und zwar mit dem Ueberdruck „Deutsches Reich, Freistaat Bayern“, geliefert werden.

Der älteste Wein der Welt. Dem Weinmuseum in Speyer sind von König Ludwig von Bayern kurz vor seiner Abdankung einige Flaschen Wein geschenkt worden, die aus den Jahren 1540, 1655, 1728 und 1822 stammen. Doch ist dieser Wein noch nicht der Älteste in diesem eigenartigen Museum. Es liegt nämlich eine Flasche Wein, die in einem Römergrab gefunden wurde und wohl als der Älteste noch vorhandene Wein der Welt angesehen werden kann.

Banknotenhandel. In Berlin wurden zwei Großhändler, die sich mit Banknoten- und Zettelumschmelzung befassen, in ersten Delikt festgenommen. Sie zeigten im besetzten Gebiet umher

und kauften auf, was sie an englischen Pfundnoten und französischen Zehn- und Zwanzig-Frankenstücke in Gold erreichen konnten, um sie in Berlin durch Mittelspersonen mit großen Gewinnen wieder zu veräußern. Hierbei wurden sie nach Möglichkeit Hundert- und Tausendmarktscheine mit dem roten Stempel und ausländische Werte in Zahlung zu bekommen, um sie wieder im besetzten Gebiet und im Ausland mit großem Vorteil zu verkaufen. Bei einem der Schmuggler wurden 75 Tausendmarktscheine beschlagnahmt.

Der Raub aus dem Jallusturm in Spandau, wo nach neueren Nachrichten 60 Millionen Lei (rumänische Franken) gestohlen worden sein sollen, hat man wichtige Spuren gefunden. Bei einem Arbeiter namens Bömelberg in Berlin wurden 10 000 Lei versteckt vorgefunden. 200 000 Lei hatte er schon bei einer Bank wechseln lassen und dafür nach dem jetzigen Kurs 121 000 Mk. erhalten. Weitere Spuren führten nach Holland. Bei einem Bruder Brömelbergs, der an der holländischen Grenze wohnt und ein bekannter Schmuggler ist, wurden 338 000 Lei entdeckt, ferner in einem kleinen Haus an der Grenze 123 000 Lei und 2 000 Mk., im Schweinestall fand man eine größere Summe, so daß bis jetzt 1 Million Lei wieder beigebracht ist. In Berlin sind inzwischen einige Verhaftungen erfolgt.

Niesenkina. Unter dem Namen „Scalo-Palast“ (nach dem bekannten Scalo-Theater in Mailand benannt) wird Berlin ein Lichtspieltheater erhalten, das 3000 Personen faßt. Die Gesellschaft, die den Niesenkina erstellt, hat dafür 4 Mill. Mk. vorgezogen. Jedenfalls ein dringendes Bedürfnis.

Deutsches Kleinenküstschiff. Die Luftfahrzeuggesellschaft Parfenal in Bitterfeld vollendet in kurzer Zeit ein Kleinenküstschiff mit Tragfähigkeit für 75 Personen.

Der Ozeanflug. Am 18. Mai wurde das Niesenkinaflugzeug der amerikanischen Marine, Top Curtis mit seinem Führer Rand in Afrika abgewartet. Zwei andere Flugzeuge, die sich ebenfalls an dem Flug beteiligten, werden demnächst.

Das englische Sopwithflugzeug ist zum Ozeanflug gestartet. Das amerikanische Seeflugzeug N. C. 4 ist auf seinem Ozeanflug in Ponta Delgada (Azoren) angekommen. Die Mannschaft von dem Flugzeug N. C. 1, das auf dem Flug über den Ozean 210 Meilen nördlich von Fagel ins Meer gestürzt war, ist von dem Dampfer „Tona“ an Bord genommen worden. Das Flugzeug sollte gesichert werden, aber die Schlepplinie brach. Denkschriften des Generalstabes vom 28. Juli 1914, in denen ausgeführt wird, daß Deutschland seit Jahren von unseren Feinden bedroht wurde und daß diese den Angriffskrieg planmäßig vorbereiteten und nur auf die günstige Gelegenheit warteten, über Deutschland herzufallen.

Frlba Schong, die beliebte Dichterin, feierte am 18. Mai ihren 60. Geburtstag.

Eine Stimme der Vernunft. In einem Brief, den der bekannte französische Schriftsteller Romain Rolland kürzlich an den Direktor einer Pariser Zeitung schrieb, finden wir die folgenden von einem Freimut und Weitblick zeugnenden Worte, von dem die maßgebenden Kreise Frankreichs heute weiter entfernt sind als je: „Die Alliierten glauben, Sieger zu sein. Ich sehe sie (wenn sie nicht noch in sich gehen) vom Gesamtschicksal der Welt überwinden. Ich sehe am Horizont ein Jahrhundert des Hoffens, neuer Renaissance heraufziehen und die Vermählung der europäischen Kultur bevorstehen, wenn nicht ein mächtiger Feind sich noch dazwischenwirft. Ich gestehe, daß ich für diese Kultur kein Wort des Bedauerns haben würde, wenn die Völker der Siegesstaaten sich als ebenbürtig erweisen, ihr Schicksal zu teilen. Mögen sie sich lamittien der betäubenden, doch trübseligen Siege der Gegenwart ihrer erdrückenden Verantwortung für die Zukunft bewußt werden! Und mögen sie daran denken, daß jeder ihrer Fehler durch ihre Kinder und Enkelkinder bezahlt werden wird! Die kommenden Wochen werden für die Menschheit entscheidend sein.“

Letzte Nachrichten.

W.B. London, 20. Mai. (Unterhaus. — Reuter.) Bonar Law gab bekannt, die alliierten Regierungen hätten beschlossen, gegenwärtig nicht die gesamten Bedingungen des Friedensvertragsentwurfs zu veröffentlichen. Auch erachten sie Erörterungen in den Parlamenten im Augenblick für nachteilig. Bonar Law wiederholte darauf die Erklärung, daß die Ratifizierung des Vertrags erst erfolgen werde, nachdem die Parlamente ihre Zustimmung gegeben hätten.

Bern, 20. Mai. Aus zuverlässiger nichtschweizerischer Quelle erzählt die „Schweiz. Dep.-Ag.“ daß die alliierten und assoziierten Regierungen gestern an die schweizerische Regierung eine Anfrage gelangen ließen, ob sie geneigt sei, eine strengere Maßnahme bei der allseitigen Verschärfung der Blockade zu ergreifen. Es handelt sich darum, ob sich die schweizerische Regierung dazu verstehen würde, die gesamte Ein- und Ausfuhr mit Deutschland zu verbieten mit Ausnahme derjenigen, die die Alliierten zugelassen.

W.B. Berlin, 20. Mai. Die deutsche Antwort auf den Friedensvorschlag der Alliierten und Assoziierten ist laut Berl. Tageblatt fertiggestellt u. dürfte noch heute durch einen Kurier nach Versailles gebracht werden. Voraussichtlich am Donnerstag wird sie übergeben werden.

Der Berliner Korrespondent des Temps will von einem Mitglied des Friedensausschusses der Nationalversammlung aus dem Inhalt der deutschen Gegenvorschläge einiges erfahren haben, was unter Vorbehalt mitgeteilt wird. Il. a. heißt es, Danzig solle deutsch bleiben. Nur der Danziger Hafen solle als Freihafen mit selbständiger polnischer Verwaltung eingerichtet werden.

Wie die Vossische Zeitung berichtet, will ein Wiener Blatt von maßgebender deutscher diplomatischer Seite erfahren haben, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen werde, wenn die Entente auf der Abtreibung Oberschlesiens von Teilen Ost- und Westpreußens bestehen sollte. Die Forderung werde nicht unterzeichnet, wenn die Bestimmungen über das Saarbecken aufrecht erhalten bleiben sollten.

Der Pariser Korrespondent der Daily News hat angeblich den Eindruck gewonnen, daß die Bedingungen über das Saarbecken geändert werden sollen.

In verschiedenen Morgenblättern wird mitgeteilt, daß man in Paris mit der Möglichkeit rechnet, daß die Entschädigungsfrage für die Deutschen verlängert werde.

Druck und Verlag der B. Neff'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schlußlieferung verantwortlich: Ludwig Pauck

Öffentliche Aufforderung zur Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses.

Nach § 1 der Verordnung vom 13. Januar 1919 über die Aufstellung von Vermögensverzeichnissen und die Festsetzung von Steuerkursen auf den 31. Dezember 1918 (Reichsges. Bl. S. 67) sind die in § 11 des Vermögensverzeichnisses vom 9. Juli 1913 (Reichsges. Bl. S. 524), § 2 Satz 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918 (Reichsges. Bl. S. 964) bezeichneten Personen verpflichtet, ein Verzeichnis ihres Vermögens nach dem Stand vom 31. Dezember 1918 aufzustellen.

Zur Aufstellung des Vermögensverzeichnisses sind hienach verpflichtet, vorausgesetzt, daß sie am 31. Dezember 1918 Vermögen im Sinne des Vermögensverzeichnisses gehabt haben:

1. alle Angehörigen des Deutschen Reichs, mit Ausnahme derer, die sich seit länger als zwei Jahren dauernd im Ausland aufhalten, ohne einen Wohnsitz in einem deutschen Bundesstaate zu haben. Die Ausnahme findet keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die im Ausland ihren dienstlichen Wohnsitz haben. Wahllokalen gelten nicht als Wohnsitz im Sinne dieser Vorschrift;
2. alle Ausländer, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder in Erwangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben;
3. alle natürlichen Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt, wenn sie im Inlande Grund- und Betriebsvermögen haben;
4. Inländer und solche Personen, die ihre inländische Staatsangehörigkeit nach dem 1. August 1914 verloren haben, wenn sie erst nach dem 31. Dezember 1913 ihren inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt aufgegeben haben.

Die Pflichtigen werden aufgefordert, unter Benützung des ihnen mit der Post zugegangenen oder vom Bezirkssteueramt zu beziehenden Vordrucks ihr Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen, sowie ihre Schulden nach dem Stand vom 31. Dezember 1918 getrennt anzugeben. Für Betriebe, bei denen regelmäßige jährliche Abschlässe stattfinden, kann der Vermögensaufstellung der Vermögensstand am Schluß des letzten Wirtschaftsjahrs oder Rechnungsjahrs zugrunde gelegt werden (§ 28 Abs. 2 des Vermögensverzeichnissesgesetzes).

Wertangaben müssen gemacht werden, soweit sich die Vermögenswerte aus den Renn- oder Kurs-(Steuer-)werte oder aus dem Betrage der geleisteten Zahlungen ergeben. In den anderen Fällen steht es dem Pflichtigen frei, den Wert einzusetzen, den er den Vermögensgegenständen nach bestem Wissen und Gewissen beimißt, jedenfalls muß er die tatsächlichen Mitteilungen machen, die zur Schätzung des Wertes beigebracht werden können.

Für die zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere sind Steuerkurse und für Wertpapiere, die nicht zum Börsenhandel zugelassen sind, Steuerwerte auf den 31. Dezember 1918 festgesetzt und veröffentlicht worden. Die Bezirkssteuerämter erteilen auf Anfrage Auskunft.

Die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse hat spätestens bis 30. Juni d. J. zu erfolgen; wegen der Entreichung an die Bezirkssteuerämter wird weitere Anordnung folgen.

Vordrucke für das Vermögensverzeichnis können, soweit sie dem zur Aufstellung Verpflichteten nicht mit der Post zugegangen sind, von dem Bezirkssteueramt, soweit erforderlich durch Vermittlung des Ortssteueramts, kostenlos bezogen werden.

Personen mit einem Vermögen von weniger als 10 000 M. können vorerst von der Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses absehen.

Altensteig, den 20. Mai 1919.

Bezirkssteueramt: R.-B. Fik.

Einführung von Pferdemarkten in der Stadt Calw.

Die Stadtgemeinde Calw, welche bisher berechtigt war, je am 3. Mittwoch der Monate Januar, April, Juni, August und November einen Viehmarkt abzuhalten, sucht darum nach, an Stelle der ausfallenden Viehmärkte, bezw. wenn diese wieder erlaubt sind, in Verbindung mit denselben Pferdemarkte für die Zeit bis Mai 1921 abhalten zu dürfen. Einwendungen hiegegen sind binnen 8 Tagen beim Oberamt einzubringen.

Calw, den 15. Mai 1919.

Oberamtmann Gös.

Altensteig.

Frisch eingetroffen:

Malzkaffee Iose

(Markenfrei)

1 Pfund M. 1.16

Lupinenkaffee-Ersatz gebrannt

(Bohnenkaffee ähnlich)

1 Pfund M. 2.—

nächster Tage eintreffend bei

Chr. Burghard jr.

Stelle-Gesuch.

Ein 18 jähriges Mädchen sucht eine Stelle für Küche in ein Geschäftshaus. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht wird ein 15—17 jähriges

Mädchen

auf 1. Juli in kleineren Haushalt. Näheres zu erfragen bei Frau Seifenfelder Kaltendach.

Messing-Hahnen

empfiehlt in großer Auswahl

Heinrich Müller

Flaschner u. Installationsgeschäft
Altensteig, Bahnhofstraße.

Palzgrafenweiler.

Erstklassiges

Wagen-

und

Schuhfett

Schuhcreme

sowie

Bodenöl

empfiehlt

Chr. Raich

Festwarenhandlung.

Altensteig.

Berzinkte Badewannen

Wasschüssel

Spülwannen

Eimer

Saugeschöpfer

empfiehlt

Fr. Henzler

Flaschner u. Installationsgeschäft.

Verloren

ging auf der Döselbrunnersteige bis zur Stadt eine

Lotart,

abgegeben gegen Belohnung bei **Wirt Zeeger.**

Verkaufe einen gutenhaltenen

Haspel-Heuwender

auch für Ochsengepann

R. Bäuerle, Besenfeld

Telefon Nr. 1.

Altensteig.

Schuhmacher-Gesuch.

Ein älterer, tüchtiger, selbständiger, sowie ein jüngerer

Arbeiter

dem Belieben geboten ist, sich in feiner Naharbeit auszubilden, können sofort eintreten bei

Willy. Maier

Schuhgeschäft.

Gut erhaltene

Schreib-Maschine

von hiesiger Firma zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis und Angabe des Systems sind unter Nr. 100 an die Redaktion zu richten.

Altensteig.

Strohhüte

für Herren und Knaben

empfiehlt zu billigsten Preisen

Chr. Schmid, Hut- und Mähengeschäft.

Statt Karten!

Zimmerfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag, den 22. Mai

im Gasthaus zur Sonne in Zimmerfeld

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Joh. Gg. Schwab

Sohn des † Friedr. Schwab
Bauer in Zimmerfeld.

Anna Maria Seib

Tochter des Christian Seib
Bauer in Zimmerfeld.

Kirchgang um 11 Uhr in Zimmerfeld.

Martinsmoos-Neuweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag, den 22. Mai 1919

im Gasthaus zur Krone in Martinsmoos

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Friedrich Dürr

Sohn des Joh. Dürr
Bauer in Martinsmoos.

Elisabeth Kluck

Tochter des Jakob Kluck
Antsbauer in Neuweiler.

Kirchgang um 11 Uhr in Martinsmoos.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen

Einladung entgegennehmen zu wollen.

Altensteig.

Bruchbänder! Bruchbänder!

mit und ohne Feder hält stets vorräthig

Chr. Schmid, Hut- und Mähengeschäft.

Ein geordnetes

Malzkaffee Mädchen

ist frisch eingetroffen bei

W. Beerli
Altensteig.

Fleischiges

Mädchen

möglichst nicht unter 20 Jahren, bei hohem Lohn gesucht.

Neue Handelsschule Calw.

Zur Aufertigung von

Glückwunschkarten

mit Namensausdruck

sowie von

Visitkarten und Verlobungskarten

empfiehlt sich die

W. Nieker'sche Buchdruckerei
L. Paul.